

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus  
gesendet; durch die Post bezogen im inländischen  
Verkehr monatlich 1.00 M. = Einzelnummern 10 Pf.  
Toronto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg  
Zweigst. Wildb. = Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.  
Haberle & Co. Wildbad. = Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren  
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einschl.  
Zus.-Steuer. Reklamazeile 40 Pfg. = Rabatt nach Tarif.  
Für Offerten u. bei Ausnahmefällen werden jeweils  
10 Pfg. mehr berechnet. = Schluß der Anzeigennahme  
tägl. 8 Uhr vorm. = In Konkursfällen od. wenn gerichtl.  
Vollstreckung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag u. Hauptverteilung Theodor Gatz. Für den lokalen Teil verantwortl. Carl Th. Flum in Wildbad



Nummer 37

Februar 1926

Montag, den 15. Februar 1926

Februar 1926

61. Jahrgang

## Der Finanzminister der Not

Der neue Reichsfinanzminister, Dr. Reinhold, hat sich am Ende seiner großen Haushaltrede im Reichstag einen „Finanzminister nicht des Glücks, sondern der Not“ genannt und damit wenigstens andeutungsweise zu verstehen gegeben, daß sein Reformplan eine Notmaßnahme sei, deren etwaiger Mißerfolg nicht ihm allein, und sogar vielleicht nicht einmal ihm vorzugsweise zur Last gelegt werden dürfe. Die Kritik, die der Minister an den bestehenden finanziellen und wirtschaftlichen Zuständen übte, sowie seine praktischen Vorschläge standen auf einer Höhe, die auch von den Gegnern des zweiten Kabinetts Luther durch achtungsvolles Schweigen anerkannt wurde. Wer es unternimmt, die Ausführungen Dr. Reinholds unter die kritische Lupe zu nehmen, darf dies nur mit der Absicht tun, durch Aufdecken der Gefahren und Bedenken dazu beizutragen, daß das Werk der Heilung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft gelingt. Drei Fragen sind dabei von besonderer Wichtigkeit: 1. Das Risiko der Steuererleichterungen. Der eingestandene Zweck der von Dr. Reinhold vorgeschlagenen Steuererleichterungen ist der, noch im Laufe des Finanzjahrs 1926 von der schweren Steuerlast, die auf der Wirtschaft ruht, 550 Millionen Mark abzubilden. Der Finanzminister ist überzeugt, daß die Steuerermäßigungen, die er in Aussicht gestellt hat, das Gleichgewicht des Haushaltsplanes nicht stören werden. Die Deutung, die er für die zu streichenden 550 Millionen Mark vorgesehen hat, ist nicht über jeden Zweifel erhaben. Wenn 180 Millionen Mark an höheren Einnahmen und geringeren Ausgaben beim Haushalt der Reichsschuld eingespart werden, so bleiben immer noch 370 Millionen Mark übrig, für die durch Anleihen Deckung zu schaffen wäre. Der Finanzminister rechnet darauf, daß dieser Betrag zunächst einmal den Kassenbeständen entnommen werden kann, die sich bei der Reichsfinanzverwaltung bilden werden. Trifft jedoch die Erwartung zu, daß der Steuererleichterungen aus der schwer erschütterten deutschen Wirtschaft weiter sinken wird, so erscheint es nicht unbedenklich, mit Bestimmtheit auf das Erscheinen solcher Kassenbestände zu rechnen. Von den zwei Moratoriumsjahren, die uns nach dem Dawesplan zugesprochen waren, sind bereits anderthalb Jahre verstrichen. Es ist natürlich nicht Dr. Reinholds Schuld, wenn die Vorbereitung auf die künftigen verstärkten Zahlungen erst dann einsetzt, wenn drei Viertel der Schonfrist verstrichen sind. Es ist aber zum mindesten ein Ergebnis, die öffentlichen Einnahmen so kurz vor einer unvermeidlichen starken Steigerung der Ausgaben für Entschädigungen in erheblichem Umfang abzubauen. Es wird wesentlich davon abhängen, ob es dem Reichsfinanzminister gelingt, die Steuerermäßigungen in eine allgemeine Preisermäßigung und damit in eine Steigerung des inländischen Verbrauchs und der Ausfuhrfähigkeit umzusetzen, wenn das eingeleitete Werk Erfolg haben soll. Es erscheint kaum möglich, auf einen Erfolg zu rechnen, wenn nicht aus der bisherigen Minderheit, auf die sich das Reichskabinett stützt, eine große, tragfähige Mehrheit wird.

2. Regierung und bewilligungsfreudige Parlamente. Der Reichsfinanzminister hat in seiner großen Haushaltrede eine Einrichtung gelobt, die sich in England nachweislich bewährt hat. Dort stimmt die Regierungspartei nur dann einem Antrag, der höhere Ausgaben verursacht, zu, wenn sich das Kabinett mit dieser Bewilligung ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Hält die Regierungspartei — oder in unserem Fall die Regierungskoalition — eine von ihr gewünschte, aber vom Kabinett abgelehnte Bewilligung für wichtig genug, so hat sie immer die Möglichkeit, dem Kabinett das Vertrauen zu entziehen und es dadurch zu stürzen. Es bedeutet also keine Anebelung des Parlamentarismus, wenn sich eine Regierungspartei oder eine Regierungskoalition in dieser Beziehung Selbstbeschränkung auferlegt. Bei der außerordentlichen Erregung, die unsre öffentliche Meinung ergriffen hat, ist zu erwarten, daß auch während der nächsten Monate immer wieder Lieblingswünsche gewisser als Wähler beschlicher Kreise mit suggestiver Energie an die Parteien der Regierungskoalition herangebracht und von diesen unterstützt werden, obwohl das Kabinett der Bewilligung ablehnend gegenübersteht. Neuwahlen pflegen in Deutschland ihre Schatten schon jahrelang vorauszuwerfen. Eigentlich reißt die übertriebene Rücksicht auf die Wünsche einflussreicher Wählerkreise während der ganzen vierjährigen Legislaturperiode überhaupt nicht ab. Eine nachhaltige Besserung auf diesem Gebiet kann augenscheinlich nur durch eine gründliche Reform des Reichswahlgesetzes geschehen.

3. Neuanschaffungen auf Unkostenkonto. Auffallend eingehend hat sich Dr. Reinhold in seiner Haushaltrede mit der Frage beschäftigt, wie Neuanschaffungen und werbende Anlagen gedeckt werden sollten. Er bediente sich dabei eines Vergleichs aus dem kaufmännischen Leben. Neuanschaffungen gehören bekanntlich aufs Kapitalkonto und müssen durch neue Kapitalmittel (Anleihen oder neue Aktien)

## Tagesspiegel

Mitte nächster Woche beginnen in Paris die neuen Luftfahrtverhandlungen mit Frankreich. Wie wir erfahren, lauten die deutschen Weisungen dahin, daß an den bisherigen deutschen Zugeständnissen festgehalten wird, über die hinausgehen aber nicht möglich ist.

Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei hat lt. „Germania“ im Reichstag einen Antrag auf beschleunigte Vorlegung des angekündigten Reichsschulgesetzes eingebracht.

Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschagentur reist der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond in der nächsten Woche nach Berlin, um über verschiedene, mit dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängende Fragen Besprechungen abzuhalten.

Der englische Botschafter Lord D'Abernon hat im Auswärtigen Amt vorgeschlagen, zuverlässigem Vernehmen zufolge ist die Frage, ob Deutschland jetzt oder erst im Herbst den ständigen Ratssitz erhält, noch nicht entschieden.

Der amerikanische Gesandte in Bern, Gibson, der sich nach Genf begeben sollte, hat die Weisung erhalten, zu Besprechungen über die Abrüstungskonferenz nach Washington zurückzukehren.

gedeckt werden. Im Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden sowie auch besonders im Haushalt der großen Verkehrsanstalten (Eisenbahn und Post) sind die Neuanwendungen während der letzten Jahre meist auf Unkostenkonto verbucht worden. Dadurch ist der Kapitalwert ungerechtfertigt niedrig geblieben, das Unkostenkonto unerschlossen hoch geworden. Diese unkaufmännische Art der Verrechnung ist nicht auf Unkenntnis der Grundsätze der Bilanzierung, sondern auf die Unmöglichkeit zurückzuführen, für die Neuanwendungen die Mittel auf dem Anleihemarkt aufzubringen. Es besteht wohl allgemein Uebereinstimmung darüber, daß hier so bald als möglich Wandel geschaffen werden muß. Man könnte die 370 Millionen Mark, die der Reichsfinanzminister während des kommenden Haushaltsjahrs auf Anleihekonto nehmen will, vielleicht als ersten Versuch ansehen, wie weit der Anleihemarkt gegenwärtig bereit ist, öffentliche Wertpapiere zu zeichnen. Der Erfolg, den eine Reihe von Ländern und Gemeinden bei der Begebung von Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt gehabt haben, beweist nichts darüber, ob die Unterbringung von Reichsschuldverschreibungen zu einem mäßigen Zinssatz gelingen würde. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, zuerst einmal mit einer ausgesprochenen werbenden Anleihe auf dem Geldmarkt zu erscheinen und nicht die Deckung eines Fehlbetrags im Reichshaushalt durch Anleihe zu versuchen.

## Neue Nachrichten

### Der Beschluß des Völkerbundesrates

Genf, 13. Febr. Gestern nachmittag um 3.15 Uhr begann unter starkem Andrang von Journalisten die außerordentliche Tagung des Völkerbundesrates. Die Sitzung war zunächst geheim. Eine Viertelstunde nach Sitzungsbeginn wurde bekanntgegeben, daß der Rat beschloffen hat, die 7. Völkerbundsversammlung für den 8. März in Genf einzuberufen, d. h. also für denselben Tag, an dem auch die 39. ordentliche Tagung des Völkerbundesrates beginnt wird. Der Rat wird am 8. März, vorm. 11 Uhr, und die Versammlung am gleichen Tage, nachm. 3 Uhr, zusammentreten. Die Tagesordnung der Völkerbundsversammlung wird wie folgt lauten:

1. Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbund.
2. Beschluß der Völkerbundsversammlung über etwaige Anträge des Rates gemäß Art. 4 des Völkerbundpaktes, d. h. über die Vermehrung der ständigen oder evtl. auch der nichtständigen Sitze im Völkerbundsrat.
3. Budgetfragen, d. h. die Frage des Beitrages, den Deutschland zu den Kosten des Völkerbundes zu leisten hat, und
4. die Frage der Errichtung eines neuen Gebäudes für die Völkerbundsversammlung.

In der Frage des Beitrages soll bereits eine vorläufige Entschließung unter einigen Hauptmächten dahin getroffen worden sein, daß Deutschland grundsätzlich den gleichen Beitrag wie Frankreich, etwa 1 Million 900 000 Franken jährlich, zu bezahlen hätte, während England etwa 2.5 Millionen Franken entrichtet. Die heutigen Beschlüsse des Rates sind, wie die offizielle Mitteilung des Sekretariats hervorhebt, einstimmig gefaßt worden.

### Der deutsche Standpunkt.

Berlin, 13. Febr. In politischen Kreisen Berlins wird der Beschluß des Völkerbundesrates naturgemäß mit größtem

Interesse vermerkt. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit in erster Linie auf den Punkt 2, der eine Beschlußfassung über § 4 der Völkerbundsatzung vorsieht, nach dem der Völkerbundsrat die Zahl der ständigen Mitglieder mit Zustimmung der Vollversammlung erhöhen kann. Dieser Punkt wird mit den Bestrebungen gewisser Mächte in Zusammenhang gebracht, die Zahl der ständigen Mitglieder des Rates über Deutschland hinaus weiter zu erhöhen. Das würde natürlich ein Sieg dieser Bestrebungen bedeuten. An zuständiger Stelle ist man jedoch bis auf weiteres der Auffassung, daß dieser Punkt der Tagesordnung nur formale Bedeutung hat und sich nur auf den Eintritt Deutschlands bezieht. Es ist selbstverständlich, daß dieser Paragraph im Zusammenhang mit der Aufnahme Deutschlands geändert werden muß, daß es ja nicht zu den alliierten und assoziierten Mächten gehört. Dieser Paragraph ist bereits 1922 einmal geändert worden, als die Zahl der nicht ständigen Sitze von 4 auf 6 erhöht wurde. Man betrachtet es in politischen Kreisen aber als durchaus selbstverständlich, daß die Regierung auf diplomatischem Wege rechtzeitig die nötigen Sicherungen dafür einholt, daß der Punkt 2 der Tagesordnung keine andere Bedeutung hat als die, die man ihm in Berlin vorläufig zumißt. Es wird übrigens darauf hingewiesen, daß Deutschland, nachdem es in Punkt 1 der Tagesordnung aufgenommen ist, es selbst in der Hand hat, die Vermehrung der Ratssitze zu verhindern, da nach demselben § 4 der Rat unter Zustimmung der Mehrheit der Vollversammlung eine solche Vermehrung nur mit Einstimmigkeit beschließen könnte. Um aber zu vermeiden, daß der deutsche Vertreter gleich in dieser ersten Sitzung zu einem Beschluß gezwungen wird, der unsere Beziehungen zu anderen Mächten nicht gerade zu fördern geeignet wäre, wird die Reichsregierung voraussichtlich vorher die nötigen Garantien zu erreichen versuchen. Es ist anzunehmen, daß ein amtlicher deutscher Schritt in dieser Frage bereits erfolgt, wenn die Bestrebungen auf Vermehrung der Ratssitze in den nächsten Tagen noch weitergehen sollten.

An zuständiger Stelle wird außerdem erneut betont, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne Erteilung eines Ratssitzes nicht in Frage kommen könnte. Aber auch, wenn auf der nächsten Völkerbundsversammlung tatsächlich noch weitere neue Ratssitze geschaffen werden sollten, so würde dies für Deutschland eine völlig neue Situation schaffen, da hierdurch die Körperschaft, zu der beizutreten Deutschland aufgefordert war, ein ganz anderes Gesicht bekäme. Die Angelegenheit ist gegenwärtig Gegenstand lebhaftester Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

### Englands unklare Haltung

London, 13. Febr. „Evening-Standard“ meldet im Gegenjah zu der übrigen Presse aus Genf, daß der britische Vertreter den englischen Standpunkt dahin klar festgelegt habe, daß Großbritannien gegen die Ernennung von neuen ständigen Mitgliedern im Völkerbundsrat sei, mit Ausnahme von Deutschland. Demgegenüber erklärt „Manchester Guardian“, Chamberlain habe sich gelegentlich seines Besuches in Paris in weitergehendem Maß Briand und dem spanischen Botschafter gegenüber in der Frage der Erweiterung des Völkerbundesrates verpflichtet, als dies bisher zugegeben wurde. Chamberlain sei, so schreibt das Blatt, in seinem Bestreben, Briand gegenüber gefällig zu sein, zu weit gegangen. Chamberlain scheine die Interessen seines eigenen Landes übersehen zu haben. Die „Nation“ betrachtet bereits die Zulassung von Polen und Brasilien als höchst wahrscheinlich. Briands Zauberkunst habe so stark auf Chamberlain eingewirkt, daß er in gefährlicher Nähe an die Grenze desjenigen sich begeben habe, was man mit der Uebernahme einer bestimmten Verpflichtung bezeichnen könne. Das alte Mißtrauen sei wieder da. Man dürfe sich nicht wundern, wenn es sich wieder auf die Gegenpartei auswirke.

Das französische Interesse an der Regelung der Sitze im Völkerbundsrat ist nach der gestrigen Tagung in Genf noch lebhafter geworden. Sauerwein sagt im „Matin“, gegenwärtig gäbe es im Völkerbundsrat ein Gleichgewicht, während der Eintritt Deutschlands alles ändern werde. Bei der Prüfung der einzelnen Kandidaturen bemerkt Sauerwein, daß Spanien das Versprechen der Großmächte zu haben scheine und nur noch die Zustimmung der kleinen Staaten brauche. Polens Ansprüche seien als erstklassige zu bezeichnen. Polen sei ein Pfeiler der Verträge von Locarno. Die Kandidaturen Belgiens und Brasiliens seien besonders verwickelte Probleme.

### Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 13. Febr. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat nach Schluß der Vollendung des Reichstages unter Vorsitz des Abg. Hergt (Zoll.) zusammen, um das mit Frankreich in Aussicht genommene provisorische Handelsabkommen zu beraten. Der Gesandte Dr. Ritter erstattete Bericht über die Reglerungsverträge. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.



### Vorläufiges deutsch-französisches Handelsabkommen

Paris, 14. Febr. Die französischen und die deutschen Bevollmächtigten haben gestern Abend ein Handelsabkommen unterzeichnet, das für gewisse Erzeugnisse aus dem einen und dem anderen Land Zollvergünstigungen einräumt. Auf Grund dieses Abkommens erhalten französische Saisonaartikel bei ihrer Einfuhr nach Deutschland die Meistbegünstigung und Zollbindungen. Deutschland seinerseits erhält den Minimaltarif oder Abzüge auf den Unterschied zwischen den beiden französischen Tarifen für geschnittenes Holz, gewisse chem. Produkte, gewisse Gruppen von landw. Maschinen, Haushaltsgegenständen und Möbel aus anderem als gebogenem Holz. Diese Zugeständnisse sind für gewisse deutsche und französische Waren an Kontingente gebunden. Außerdem sind Sicherheiten vorgeesehen für Verbrauchssteuern, innere Abgaben, sowie Zollnebenabgaben, die auf den Waren liegen, ebenso für die Behandlung der Handelsreisenden und Muster. Dieses Abkommen ist auf die Dauer von 3 Monaten abgeschlossen, wobei die vertragschließenden Teile die Hoffnung haben, daß sie beim Ablauf der Geltungsdauer des Abkommens die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag abgeschlossen haben werden.

### Ein Ehrenmal für die gefallenen deutschen Krieger

Berlin, 14. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern Mittag Vertreter des Kyffhäuserbundes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Stahlhelms und des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, die in Gegenwart des Reichsministers des Innern dem Reichspräsidenten den gemeinschaftlichen Wunsch der Frontkämpferverbände mitteilten, im Herzen Deutschlands als Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges einen Ehrenhain zu schaffen. Wie berichtet wird, werden die erwähnten Organisationen in der nächsten Zeit Besprechungen mit dem Reichsminister des Innern haben. Da die Schaffung der geplanten Gedächtnisstätte erhebliche Mittel beanspruchen dürfte, ist von diesen Verbänden eine großzügige Sammlung geplant. Bereits über 100 deutsche Städte haben sich bereit erklärt, Grund und Boden, sowie finanzielle Zuschüsse zur Verfügung zu stellen. Von verschiedenen Seiten wird ein Ehrenhain am Fuße des Kyffhäuser oder am Park von Weimar vorgeschlagen. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen. Das Reichsministerium des Innern ist jedoch bestrebt, die Entscheidung zu beschleunigen.

### Eine Kundgebung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes

Berlin, 14. Febr. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltete gestern Abend eine Kundgebung, die sich mit der Südtiroler Frage befahte. Der Vorsitzende des Volksbundes, Hermann Kienzl, hob hervor, daß es zu den Aufgaben des Volksbundes gehöre, die unter fremdnationaler Staatsverwaltung gestellten deutschen Minderheiten zu schützen und die kulturelle deutsche Einheit zu wahren. Aber die hinter dem Volksbund stehenden Volkskreise dächten nicht daran, gewalttätige Instinkte zur Befriedigung der von den Friedensverträgen festgesetzten Staatsgrenzen zu erwecken. Der Abg. des Tiroler Landtags, Dr. P e m b a u r, betonte, so bitter der Verlust dieses Landes von den Tirolern empfunden worden sei, so habe man dort doch auf Grund ausdrücklicher Versprechungen der Friedensdelegierten, verschiedener italienischer Politiker und des italienischen Königs selbst gehofft, daß auch den Deutschen Südtirols ein erträgliches Los zuteil werde. Diese Versprechungen seien nicht gehalten worden.

### Oesterreichisches Anschlußbestreben.

Wien, 13. Febr. Die Wiener Handelskammer beschäftigt sich, wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, mit der Frage einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs an das Deutsche Reich. Es handelt sich darum, die Voraussetzungen festzustellen, die etwa für ein Oesterreichisch-deutsches Zollbündnis notwendig wären. Gleichzeitig werden auch technische Probleme erörtert, die sich aus der etwaigen Verwirklichung dieser Pläne ergeben müßten, z. B. die Fragen der Währungsgemeinschaft, der Rechtsangleichung und der Gleichheit der Steuersysteme. Wie verlautet, sind weite Kreise des Bergbaues sowie der Schwerindustrie für eine wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich.

### Die Sowjetregierung und die deutsche Kurierpost

Moskau, 13. Febr. Wegen Rückgabe der von den russischen Behörden beschlagnahmten deutschen Kurierpost schweben Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der deutschen Botschaft. Die Sowjetregierung sagte sie

Rückgabe zu und erbat von der Botschaft eine Liste der beschlagnahmten Schriftstücke. Das Außenkommissariat ist bemüht, von den betreffenden russischen Behörden auf Grund der Liste die Dokumente beschleunigt zurückzuerhalten.

### Vertrauen für Briand

Paris, 14. Febr. Die Kammer hat Freitag Vormittag über die Fassung des Art. 79 betr. die Besteuerung der mobilen Werte beraten, wie er als vom Finanzminister vorgeschlagene Kompromiß vom Finanzausschuß angenommen worden ist. Trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten wurde der vorgeschlagene Text zum Schluß angenommen. Der neue Gelehtenwurf sieht die Einführung eines neuen Wertpapiertyps vor, der die fakultative Umwandlung der Inhaberpapiere in solche, die auf den Namen lauten, erleichtert. Zu dem 2. Teil des Art., der die Eintragung der Zinscheine in ein Buch vorseht, das als Grundlage für die Besteuerung der Inhaber der Wertpapiere dienen soll, brachte der linksrepublikanische Abg. Dupirell einen Zusatzantrag ein, an Stelle dieser Zinscheine vielmehr durch das Bankhaus, das die Zinscheine an die Aktieninhaber bezahlt, direkt 10 v. H. der fälligen Zinsen zu Gunsten des Staates als Steuer einzubehalten. Der Zusatzantrag Dupirell wurde abgelehnt und der Vorschlag der Regierung, bei dem Briand die Vertrauensfrage stellte, mit 363 gegen 195 Stimmen angenommen. Die sonstigen Ausführungsbestimmungen des Art. 79 wurden ohne Abänderungen von der Kammer angenommen.

### Der Locarnovertrag im französischen Kammerauschuß

Paris, 14. Febr. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten begann unter Vorsitz Franklin Bouillons mit der Prüfung des Berichts Paul Boncour über das Abkommen von Locarno. Eine Anzahl Abgeordnete, darunter der kommunistische Abgeordnete Berton und der radikale Abgeordnete Franklin Bouillon haben sich dazu geäußert. Die Beratung wird am kommenden Dienstag fortgesetzt. Nach dem „Temps“ soll sich in dem Meinungsaustausch ergeben haben, daß nach der Ansicht der zu Worte gekommenen Abgeordneten die Abkommen von Locarno angenommen werden müßten, allerdings mit gewissen Vorbehalten oder Einschränkungen. Man habe sich bemüht, festzustellen, ob diese Abkommen für Frankreich genügend Vorteile enthielten. Man scheine der Ansicht zuzuneigen, daß diese Abkommen an Stelle der Bündnisse ein juristisches Instrument setzten, das dazu bestimmt sei, Frankreich Bürgschaft zu liefern, vorausgesetzt, daß es im Geiste eines guten Willens ausgelegt werde. Frankreich werde dadurch nicht von der Verpflichtung befreit, solange die Ereignisse im Hinblick auf die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit zu überwachen.

### Ungarns Abrüstung.

London, 13. Febr. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, haben die Befehle der alliierten Mächte in Budapest eine Kollektion überreicht, in der die Unterlassungsfehler Ungarns in Bezug auf die Abrüstungsklausel des Vertrages von Trianon aufgezählt sind. Die ungarische Regierung, die bemüht sei, sobald wie möglich die Auflösung der internationalen Kontrollkommission durchzuführen, habe die Alliierten um Festlegung eines Datums für diese Auflösung gebeten.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Februar.

Präsident Loebner eröffnete die Sitzung um 12.20 Uhr. Das vorläufige Handelsabkommen mit der Türkei wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926. Sie beginnt mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Eine Entschließung Weidenhöfer (völkisch) fordert Feststellung darüber, wie weit die Marksländereien an der Weser im Kreise Verden und Uhin durch die verschiedenen Weiservertiefungen im Ertrag zurückgegangen sind. Verbunden mit der Aussprache werden zahlreiche Anträge, die u. a. die Wahrung der Rechte der Eisenbahngestellten fordern, Frachtmäßigungen für Kartoffeln, Gemüse, Frühobst usw. verlangen, und die Elektrifizierung der Eisenbahn in Baden, Württemberg, Vorpommern usw. verlangen.

Abg. Dr. Du a a t z (Dnl.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Reichsverkehrsminister sei ein armer Mann, denn die Eisenbahn habe man ihm entzogen, und was er aus den Wasserstraßen für das Reich herausbekommen

werde, wisse man noch nicht. Der Redner kritisiert scharf das Verhalten der Reichsbahngesellschaft, die noch jetzt in der Zeit der schwersten Wirtschaftslage Aufträge zurückhalte. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Tarifpolitik der Reichsbahn führe zur Begünstigung der ausländischen Waren gegenüber den deutschen. So kostete z. B. der Transport von polnischem Zucker bis zur deutschen Westgrenze auf der Reichsbahn 3.83 Mark, während für dieselbe Menge deutschen Zuckers auf der kürzeren Strecke von Breslau bis zur Westgrenze 5.67 Mark bezahlt werden müssen. (Lebhaftes Hört, hört!) Diese Tarifpolitik sei eine schwere Hypothek auf die deutsche Wirtschaft. Einmütig habe ihn, so erklärte der Redner, der Ausschuß beauftragt, dem Verkehrsminister zuzurufen: Landgraf werde hart! (Lebhafter Beifall.)

Abg. S c h u m a n n - Frankfurt (Soz.) nennt die Politik der Reichsbahn eine ununterbrochene Kette von nicht gehaltenen Versprechungen, von Verletzungen von Rechtsgrundlagen gegenüber dem Personal und von Auslegungen der Gesetzesbestimmungen zu Ungunsten des Reichs. (Hört, hört!) Das letzte Unglück im Tunnel von Oberhof habe gezeigt, wie unverantwortlich bei der Reichsbahn gewirtschaftet werde. Der Redner fordert Ausbau der Wasserstraßen und Förderung des Luftverkehrs. Er unterstützt den Bau des Mittelkanals, die Neckarkanalisation und die ostpreussischen Wünsche.

### Württemberg

Stuttgart, 14. Febr. Steueranteile der Teilgemeinden. Auf die von Abg. August Müller gestellte Kleine Anfrage wegen Auszahlung von Steueranteilen der Teilgemeinden durch die Gesamtgemeinden hat das Ministerium des Innern folgende Antwort erteilt: Dem Ministerium des Innern sind bis jetzt keine Klagen darüber zugekommen, daß die Gesamtgemeinden mit der Verteilung der auf die Teilgemeinden entfallenden Anteile des Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer widerrechtlich zurückhalten. Es hat aber Anlaß genommen, die Gesamtgemeinden auf den den Teilgemeinden zustehenden Anspruch auf alsbaldige Zuweisung ihrer Anteile an den der Gesamtgemeinde jeweils überwiesenen Reichssteuerbeträgen durch einen Erlaß im Staatsanzeiger hinzuweisen.

Evangelisch-sozialer Kongreß. Der Evangelisch-soziale Kongreß hält in der Pfingstwoche (25.—27. Mai) seine diesjährige Tagung in Saarbrücken. Als Verhandlungsgegenstände sind vorgesehen die Frage der Eigenständigkeit des wirtschaftlichen und politischen Lebens sowie die Arbeitsverhältnisse der männlichen und weiblichen Jugend in Industrie, Handel, Handwerk und Verkehrswejen.

Forderungen der Kaufmannsgerichte zur Behebung der Stellenlosigkeit der Kaufmannsgehilfen. Gegenwärtig beschäftigen sich auf Antrag der D. S. B. Beisitzer nahezu 100 deutsche Kaufmannsgerichte mit der Not der alten Angestellten und der traurigen Lage des kaufmännischen Arbeitsmarkts. Von zahlreichen Kaufmannsgerichten sind dem Gesetzgeber bereits präzisierende Forderungen zur Behebung dieser Noth des Kaufmannsgehilfenstands unterbreitet worden. So hat das große Leipziger Kaufmannsgericht von den gesetzgebenden Körperschaften Maßnahmen verlangt, durch die die Betriebe zur Beschäftigung einer ausreichenden Zahl älterer Kaufmannsgehilfen verpflichtet werden, desgl. Verlängerung der Kündigungsfristen, Zahlung von Abfindungen, Beschränkung der Lehrlingshaltung und Umschulungsmaßnahmen der Erwerbslosenfürsorge. Auch das Kaufmannsgericht der Reichshauptstadt hat sich für eine Verlängerung der handelsgerichtlichen Kündigungsfristen eingesetzt.

Glücklicher Gewinner. Der erste Haupttreffer der Färsorgelotterie mit 5000 Mk. wurde einem bedürftigen Fabrikarbeiter in Cannstatt ausbezahlt.

Fleischpreiserhöhung. Der Preis für Gestrirfleisch ist mit sofortiger Wirkung von bisher 65—75 pro Pfund auf 55—65 Pfennig herabgesetzt worden.

Vom Tode. Freitag Abend fiel vom 3. Stockwerk eines dem Wilhelmshaus gegenüber liegenden Hauses ein Fensterladen und traf einen jungen Menschen auf den Kopf, der sehr schwere Verletzungen erlitt und in das Krankenhaus verbracht werden mußte. — In der Bischofstraße stürzte ein für die dortigen Auffüllungsarbeiten fahrendes Gespann mit zwei Pferden den gegen die Heinestraße führenden steilen Abhang hinab. Fuhrmann und Pferde blieben wie durch ein Wunder unverletzt.

### Und dennoch kam das Glück . .

Original-Roman von Irene Hellmuth

(Nachdruck verboten.)

Sie brach in heftiges Weinen aus. Doch bald verstiegen die Tränen. Sie ballte die Hände zu Fäusten und schüttelte sie, als könnte sie den Gegenstand ihrer Wut erbilden.

„Wer mag nur diese Lu sein, Mutter? Offenbar eine vornehme Dame, denn eine gewöhnliche hat nicht so ein Dienstmädchen.“

Die Gefragte blickte ratlos auf ihre zornige Tochter und wußte nichts zu sagen als nur immer: „Kind — Kind — was machen wir mit dem Briebe?“

„Ach was, das ist doch jetzt Nebenache,“ lautete die ungeduldige Erwiderung. „Vor allem muß ich wissen, wer diese „Lu“ ist! Aber das bekomme ich schon heraus! Warte mein Büßchen! Eine Oly Wandsbeck läßt sich nicht mit nichts dir nichts beiseite schieben! Zu dem Stelldichein gehst du morgen nicht, aber ich werde statt deiner hingehen! Diese Lu will ich mir genau ansehen! Und dann werde ich schon finden, was weiter zu tun ist! Jetzt gilt es schlau zu sein!“

Sie hatte rasch ihre gute Laune wieder gefunden, sie lachte laut auf, und sang sogar zu singen an:

„Man hat schon in den frühesten Tagen

Durch List und Schlaueit viel erreicht,

Wenn auch die Leute immer sagen,

Den Dummen sei das Glück geneigt!

Die Dummheit trägt doch selten Zinsen —

Sonst leistete ja Frau nicht

Für eine Schüssel dicker Linsen

Auf seine Erstgeburt Verzicht!“ —

Dann holte sie lachend den fortgeworfenen Brief wieder herbei, las ihn nochmals aufmerksam durch und zerriß ihn in lauter winzige Stückchen, die sie in den Ofen warf.

„Kind, das kann dir teuer zu stehen kommen,“ murmelte die Mutter ängstlich. Aber Oly schien ihre Worte nicht zu hören.

In der folgenden Nacht schlief Oly fast garnicht. Tausend Pläne entwarf sie, aber bei näheren Bedenken hielt keiner stand.

Unruhig warf sie sich hin und her.

Der Sonntag brach trübe und regnerisch an. Graue Wolken hallten sich am Himmel, die Sonne vermochte nicht durch das schwere Gewölk zu dringen.

In der Villa des Generaldirektors Wiebrecht schien alles noch zu schlafen. In vornehmer Abgeschlossenheit lag das schöne, stattliche Gebäude inmitten des großen herrschaftlichen Parks. Die Kolläden waren überall noch herabgelassen.

Die Dienerschaft schlief leise im Hause umher, damit niemand gestört würde. Endlich öffnete sich im ersten Stock am Ende des langen, teppichbedeckten Vorplatzes eine Tür und ein blaßes, schönes Mädchengesicht blickte durch den Spalt hinaus.

Es war niemand zu sehen. Das junge Mädchen trat vollends heraus und ging mit leisen Schritten bis an das andere Ende des Ganges. Der dicke rote Läufer verschlang jedes Geräusch. An dem mit bunter Glasmalerei geschmückten Fenster blieb die junge Dame stehen und blickte hinaus in den Park, wo der Wind die salben Blätter durcheinander trieb.

Ein leiser Seufzer entfloß ihren Lippen. Unbeweglich starrte das Mädchen hinab auf die vom herbstlichen Nebel seuchten Wege. Endlich klopfte sie leise an die nächste Türe und fragte: „Mutter, bist du schon wach!“

„Ja, mein Kind, komm nur herein,“ lautete die Antwort.

Die junge Dame öffnete die weißlackierte Türe und betrat ein mit üppigem Luxus ausgestattetes Schlafgemach. Dide persische Teppiche bedeckten den Fußboden. An den beiden Fenstern hingen unter zarten Spitzgardinen gelbeidene Vorhänge, was dem ganzen Raum ein eigenartiges Licht verlieh. Weit ins Zimmer hinein ragte ein großes, mit gelbeidener Steppdecke und ebensolchen Gardinen versehenes Himmelbett. Eine Ottomane stand an der Wand, eine gelb verschleierte Ampel hing von der Decke herab. Einige kostbare Delgemälde vervollständigten die Einrichtung, die von gediegenem Reichtum zeugte.

Beim Eintritt des Mädchens erhob sich eine zarte, blaße Frau von den spizenbesetzten Kissen und streckte der Tochter die feine Hand entgegen.

„Nun Lu, du weißt doch, das sich Herr Hildebrand mit seinem Sohn heute zum Gabelstrühtal angefragt hat, vielmehr, daß Vater sie gestern dazu einlud.“

„Nun, — und was weiter?“ sagte Lu, hob kampfbereit den feinen Kopf und sah die Mutter fest an. „Was habe ich dabei zu tun, wenn Vater sich Gäste einlädt?“

„Kind, du weißt doch, daß Vater es gern sieht, wenn du dabei bist. Hast du Vater heut schon gesprochen?“

„Nein, Mutter, er ist noch in seinem Schlafzimmer. Muß ich ihn auch noch um Erlaubnis fragen, wenn ich in die Kirche will? Weshalb bewacht er jeden meiner Schritte?“

Die Mutter antwortete nicht logisch. Ein besorgter Blick streifte die Tochter, die unruhig, und wie es schien, etwas ungeduldig, die Augen zu Boden geschlagen, dastand, als dauerte ihr die Unterredung viel zu lange.

Endlich begann sie in raschem Entschluß: „Mutter, sag mal aufrichtig, was ist's mit diesem Hildebrand? Warum kommt er so oft zu uns? Was will er denn hier? Er rennt uns ja fast das Haus ein, und Vater scheint das zu begünstigen — ja mir kommt es manchmal vor, als ob Vater ihn immer wieder aufforderte! Mir ist der Alte direkt unheimlich.“

Frau Gertrud Wiebrecht machte ein feierliches Gesicht. „So hättest du den Grund wirklich noch nicht erraten, Lu? Du bist zwar noch sehr jung, aber ein Mädchen pflegt für so offen zur Schau getragene Bewunderung gewöhnlich eine kleine Auffassung zu haben.“

Lu stand mit weit aufgerissenen Augen vor der Mutter. „Du wußt doch damit nicht sagen, daß Herr Werner Hildebrand — daß er, — um Gottes Willen, Mutter, sprich doch —“

„Nun, nun,“ beruhigte Frau Gertrud ihr aufgeregtes Töchterchen lächelnd, „daß der junge Hildebrand dich gern sieht, das wollte ich allerdings sagen, mein Kind!“

(Fortsetzung folgt.)

Cauffen a. N., 14. Febr. Weichenlinderung. Die gemütsfranke 41 J. a. Anna Walter, geb. Benz, hatte sich vor einigen Tagen von ihrer Familie entfernt. Inzwischen wurde sie als Leiche aus dem Redar gezogen.

Jesingen. M. Kirchheim, 14. Febr. Einbruch im Rathaus. In der Nacht zum Donnerstag wurde von zwei noch unbekanntem Tätern im Rathaus ein Einbruch verübt. Sie drückten ein Fenster des Klassenzimmers im Erdgeschoß ein, räumten die Kisten aus und begaben sich dann in den ersten Stock, wo sich die Rathauskanzleien befinden. In der Kanzlei des Ortsvorstehers wurden alle Schubladen geöffnet, die Akten durchstöbert und in unbeschreiblichem Zustand liegen gelassen. Auch der Schreibpult in der Registratur wurde unterlucht, aber an den Kassenschränken wagten sich die Eindringlinge nicht. Geld fiel den Eindringern nicht in die Hände.

Sulz, 14. Febr. Redarverlegung. In der letzten Gemeinderatsitzung konnte Stadtschultheiß Beeg die Verteilung machen, daß der Staat für die Arbeiten der Redarverlegung einen Staatsbeitrag von 50 v. H. zu den auf 173 000 M festgestellten Baukosten bis zum Höchstbetrag von 86 500 M zuzüglich des Erlahes der Kosten der Bauaufsicht im veranschlagten Betrag von 2500 M, somit im ganzen von 89 000 M in Aussicht stelle.

Neuenbürg, 14. Febr. Ueberfahren. Von dem Lastauto des Bitterbesorgerers Keller wurde Mittwoch abend das 4jährige Söhnchen des Karl Bäuerle, Gastwirts zum Bahnhof, Engelsbrunn, überfahren. Es erlitt Verletzungen am Kopf und linken Arm, doch besteht keine Lebensgefahr.

Crailsheim, 14. Febr. Einbrüche. In der Nacht wurde bei Gastwirt Hahn zur Traube und dem Metzger Max Metzger je auf erzwungene Weise eingebrochen und insgesamt etwa 100 M Bargeld entwendet, außerdem ein Paar Herrenschürhüte.

Degerloch. M. Tübingen, 14. Febr. Zur Messerstecherei. Zu der Messerstecherei vom Mittwoch abend, der der 47 J. a. Landwirt Gottlieb Kern zum Opfer fiel, erfährt man noch, daß auch der Bauer Karl Weber verhaftet und mit seinem Sohn Jakob ins Amtsgerichtsgefängnis nach Tübingen verbracht wurde.

Weilingen. M. Horb, 14. Febr. Festgenommener Betrüger. In Enach wurde ein Mann festgenommen, der sich als Bierbrauereibesitzer von Hoiterbach ausgab, falsche Einträge machte und eine Reihe von annähernd 25 M sich leistete. Bei der Festnahme leistete der Mann Widerstand, so daß dritte Personen beigezogen werden mußten. Nur mit Gewalt konnte er an das Amtsgericht in Horb eingeliefert werden. Es kam auch zu Tätlichkeiten, wobei der Täter stark verletzt wurde.

Merachhofen. M. Leutkirch, 14. Febr. Tragischer Tod. Vom hiesigen Musikverein wurde im „Stio“ eine Theateraufführung veranstaltet, bei der der 24jährige led. Metzger Georg Kolb aus einer Pistole, die aus Versehen nur mit Papierprojekten geladen wurde, einen Schuß abgeben mußte. Er traf sich aber dabei so unglücklich in die Herzgegend, daß der Tod sofort eintrat.

Vom Müggel, 14. Febr. Auch eine Wohnungsraumung. In die Villa Mayer in Rempten drang mitten in der Nacht der Sohn des früheren Besitzers der Villa (Mayer) mit einem zweiten Mann ein, um dort nach Zerstörung der Wohnstätte die jetzige Inhaberin der Villa, Frau Söhler, zum Ausziehen zu zwingen. Der Mann warf zuerst das Kind der Frau Söhler, dann diese selbst die Treppe hinunter, so daß letztere schwer verletzt in das Krankenhaus nach Rempten gebracht werden mußte. Die Ursache dieser „Wohnungsraumung“ ist in Mietsstreitigkeiten zu suchen.

Feldbereinigungskosten. Auf die kleine Anfrage des Abg. Spröhle wegen Einbringung der Erläse für die Arbeiten der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, hat das Arbeits- und Ernährungsministerium folgende Antwort erteilt: Bei den Feldbereinigungen werden die Kosten für die Fertigung der Antragspläne, für die Entwürfe und die Leitung des Baus der gemeinsamen Anlagen, für die Prüfung der Arbeiten der Vermessungsämter, für die Oberleitung der Feldbereinigung, für die Leitung der Tagfahrten und für die Vorstehenden der Vollzugskommissionen vom Staat getragen, während die Kosten für die Ausführung der feldmessaerischen Arbeiten durch die Vermessungsämter für Feldbereinigung dem Staat von den Beteiligten zu erheben sind. Der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist zur Pflicht gemacht, diese Erläse mit tunlichster Beschleunigung einzuziehen, dabei aber im Hinblick auf die schwierige Lage der Landwirtschaft so schonend als möglich zu verfahren. Daß die Zentralstelle alle berechtigten erscheinenden Stundungsersuchen berücksichtigt, geht daraus hervor, daß von den Erläsen aus dem Jahr 1924 noch 20 v. H. von denen aus dem ersten Halbjahr 1925 noch beinahe 70 v. H. ausstehen. Für Erläse, die nicht innerhalb von vier Wochen nach Anforderung, also durchschnittlich 4-5 Monate nach Leistung der Arbeiten eingehen, wird ein Monatszins von drei Viertel v. H. Zins gerechnet. Eine zinslose Stundung ist nicht angängig, da sonst zweifellos diese Erläshforderungen hinter allen sonstigen Zahlungsvordringlichkeiten der Beteiligten zurückgestellt würden. Die Finanzlage des Staats macht es unabweisbar, daß die im Staatshaushaltsplan eingestellten Erläse binnen angemessener Frist beigebracht werden. Eine Verringerung der bestehenden Uebung ist hierauf nicht möglich.

## Baden

Pforzheim, 14. Febr. Vom Schöffengericht wurden der 24 J. a. Schreier Emil Stelzer und der 22 J. a. Goldarbeiter Wilhelm Messer, beide von Gbriichen, wegen schweren Straßenraubs zu drei Jahren bzw. zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für beide Angeklagte auf fünf Jahre verurteilt.

Wilferdingen bei Pforzheim, 14. Febr. Am Dienstag abend explodierte auf der Straße beim Sperlingshof ein Lastauto, das einen Anhängerwagen mitführte und mit vollen Weinfässern beladen war. Das Auto, das der Firma Gropp und Söhne in Pforzheim gehörte, verbrannte. Der Weim stieß auf die Straße und wurde von den herbeigeeilten Leuten zum Teil getrunken.

Schwehingen, 14. Febr. Am Donnerstag kam es in einer hiesigen Wirtschaft zu Streitigkeiten, wobei ein Glasmeister erheblich verletzt wurde. Als Täter wurde ein Mann von hier festgenommen, der einen Tag zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden war. Er hatte allzu lebhaft das Wiedersehen mit seinen Bekannten gefeiert.

Eppingen, 14. Febr. In Illingen ist Stall und Scheuer des Mühlenbesizers Gustav Seih bis auf die Grundmauern abgebrannt. Der Gebäude- und Fahrnis-Schaden beträgt etwa 25 000 Mark.

Hausach, 14. Febr. In einer der letzten Nächte wurde in ein Möbelloge und in zwei Kolonialgeschäften hier durch Diebstahl von Fenstern eingestiegen und eine Menge Gegenstände, wie Keiselloffer, Damen- und Herrenschmuck, Rauchwaren, Lebensmittel, Flaschenweine, Zigaretten und Schokolade, der Inhalt der Labentasse und ein Motorrad gestohlen. Das Motorrad wurde am Ringelweg wieder vorgefunden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Freiburg, 14. Febr. Papst Pius XI. hat den Erzbischof Finanzrat Albert Geiger zum Ritter des St. Sylvesterordens ernannt.

Mengen bei Freiburg, 14. Febr. In dem Anwesen des Landwirts Hedel brach ein Brand aus, dem die Scheune zum Opfer fiel. Das Vieh konnte gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

Mietersheim b. Vahr, 14. Febr. Das Auto des Bahnhofrestaureurs Burth aus Rippenheim fuhr an einer Kurve am Ortseingang gegen ein Haus. Der Anprall des in voller Fahrt befindlichen Wagens war so stark, daß die Mauer eingedrückt wurde. Die in dem Wagen befindliche 21jährige Tochter des Wirtes Rindfuß aus Rippenheim und der Chauffeur wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen.

Stühlingen, 14. Febr. Die im letzten Herbst veranstalteten Schauspiele von Stühlingen, die Stüde zur Erinnerung an den Bauernaufstand brachten, ergaben einen Reingewinn von 6 510 Mark.

Ulm bei Staufen, 14. Febr. Der 32 Jahre alte Mühlenbesitzer Wilhelm Beck wurde wegen Urkunden- und Wechselfälschungen verhaftet. Er hatte ein ihm nicht gehöriges Hofgut verkauft und 5000 Mark Anzahlung dafür angenommen.

Waldshut, 14. Febr. Der vergangene, schmutzige Donnerstag wurde mit Aufrichtung des Narrenbaums beim Meerfräulein, mit der Veranstaltung des Belten-Trommierzugs und den Hemdglonkern gefeiert, wobei die alten Fastnachtslieder gesungen wurden.

Wittenschwane bei Waldshut, 14. Febr. Bei einer Schlägerei wurde dem Holzträger Schmitz mit einem Stock der Arm entzweit geschlagen und einem Mann namens Eckert wurden von dem Sohn des Schmitz mehrere Messerstücke beigebracht, wovon einige in die Lunge gingen.

Konstanz, 14. Febr. Der 42jähr. verheiratete Schreiner Josef Bernhard Wöhrenbach verübte in Krumbach, Radolfzell und Wolfmatingen verschiedene Diebstähle und wurde deshalb mit einem Jahr fünf Monaten Gefängnis bestraft.

## lokales.

Wildbad, 15. Febr. 1926.

### Sigung des Gemeinderats am 9. Febr. 1926.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder.

Zentralkläranlage. Obgleich eine Untersuchung des Enzwassers am 24. Juli 1925 unterhalb Wildbads und Calmbachs den Nachweis erbracht hat, daß eine Verunreinigung des Enzflusses durch die Wildbader Kanaleinläufe nicht oder in kaum nennenswerter Weise stattfindet, beharrt das med. Landesuntersuchungsamt auf dem Verlangen der Erbauung einer Zentralkläranlage mit der Begründung, daß eine einmalige Untersuchung des Enzwassers noch keine Grundlage für die Beurteilung des Grades der Verunreinigung bilden könne. Durch die Kanaleinläufe werde zweifellos das Enzwasser verunreinigt, was nicht geduldet werden könne. Demgegenüber erklärt sich die Stadtgemeinde damit einverstanden, daß noch weitere Wasserproben entnommen und untersucht werden, und bittet wiederholt um die Befreiung von der Auflage zur Erbauung der Zentralkläranlage. Der Gemeinderat vertritt einstimmig die Ansicht, daß eine Zentralkläranlage eine Verschlechterung der jetzigen Zustände sowohl für Wildbad als auch für die Nachbargemeinde Calmbach bedeuten würde. Es sei erwiesen, daß durch die im Enzflusse vorhandenen besonders günstigen Umstände (Behre, Stau, Wiesenwässerung, eingelagerte Felsen, Fischbestand usw.) eine schnelle, gründliche Selbstreinigung des Flußwassers stattfindet, während Zentralkläranlagen nur einen Teil der Verunreinigung beseitigen und für ihre Umgebung durch Geruch, Fliegen und Säuften äußerst lästig wirken. Bei der jetzigen wirtschaftlichen Notlage sei es überhaupt unmöglich, ca. 200 000 M für derartige Zwecke aufzubringen, zu verzinsen und zu amortisieren, was eine Erhöhung der Gemeindeumlage um jährlich ca. 30 000 M zur Folge hätte. Der Gemeinderat lehnt daher die Erbauung der Zentralkläranlage einstimmig ab und weist auf die Zustände bei anderen Flüssen hin, die einen viel höheren Grad der Verunreinigung aufweisen, ohne daß es dort bis jetzt zum Bau von Zentralkläranlagen gekommen sei.

Stadtbauamt und Gas- und Elektrizitätswerk. Aus dem Stadtbauamt sind im letzten Halbjahr ein Bauwerkmeister und ein Bauführer ausgeschieden; außerdem beabsichtigt auf 1. April ds. Js. Gasverwalter Gähler infolge hohen Alters von seinem Posten zurückzutreten. Um der jetzigen Wirtschaftslage, die zu äußerster Sparbarkeit auf allen Gebieten zwingt, Rechnung zu tragen, sollen diese drei Stellen nur noch mit einem Beamten und zwar zunächst probeweise auf 6 Monate mit einem Bautechniker besetzt werden. Der Gemeinderat will also von der bisher geplanten Anstellung eines technischen Leiters des Gas- und Elektrizitätswerks absehen, die Leitung dieser Werke beim Stadtbauamt belassen und die Geschäfte des Stadtbauamts zwischen dem Stadtbaumeister und dem neu anzustellenden Bautechniker teilen mit je selbständigem Wirkungskreis. Die Geschäftsteilung zwischen den beiden Beamten ist so gedacht, daß dem Stadtbaumeister das Hochbauwesen (Neubau und Unterhaltung der städtischen Gebäude), das Schlachthaus, die Feuerlösch-einrichtungen, der Unterricht an der Gewerbeschule, das Wohnungswesen usw., dem neu anzustellenden Bautechniker: die Funktionen des Ortsbautechnikers, die technische Leitung des Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks und der Bergbahn und das städtische Tiefbauwesen übertragen

werden soll. Bei der Beratung sprechen sich einige Gemeinderäte für die Anstellung eines Ingenieurs als Leiters des Gas- und Elektrizitätswerks aus; ein Gemeinderat wünscht nur eine aushilfsweise Verwendung eines Bautechnikers; schließlich wird aber mit 10 gegen 3 Stimmen der obige Beschluß gefaßt. Von den auf den zweimaligen Bewerberaufruf eingelaufenen 14 Bewerbungen werden 4 Bewerber zur engeren Wahl ausgewählt, die sich persönlich vorstellen sollen.

Straßen und Wege. Die Hohenlohestraße soll, soweit dies inzwischen nicht schon geschehen ist, in Stand gesetzt und die Pflasterung des Staffelaufgangs zur Paulinenhöhe ausgebessert werden.

Das Gesuch der Anlieger des Hochwiesenswegs um elektrische Beleuchtung dieses Wegs wird zurückgestellt, da hierfür zur Zeit keine Mittel vorhanden sind und die Straße noch nicht einmal ortsbauplanmäßig festgelegt ist.

Wohnungszwangswirtschaft. Dem Antrag des hiesigen Hausbesitzervereins um Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in hiesiger Stadt kann nicht entsprochen werden, da bis jetzt die Aufhebung nur in Gemeinden II. und III. Klasse zulässig ist (Wildbad zählt zu den Gemeinden I. Kl.).

Liegenschaftserwerb. Das an das früher Sonnenwirt Weber'sche, jetzt städtische Baugrundstück an der Paulinenstraße angrenzende Grundstück des Fritz Eitel, Kutschers hier, mit 1353 qm samt Heuschauer wird um 1800 M. käuflich erworben. Es wird, da jetzt die nötigen Geldmittel fehlen, ausbedungen, daß der Kaufpreis erst nach Ablauf eines Jahres zu bezahlen und bis dahin mit 8 % zu verzinsen ist.

Jahrmart. Der Jahrmart soll künftig in der unteren Wilhelmstraße vom Hotel Weil bis zum Haus Klotz abgehalten werden, da sich die untere König-Karlstraße infolge des gesteigerten Auto- und Fuhrwerksverkehrs hierzu nicht mehr eignet und diese Straße als Zufahrtsstraße zum Bahnhof an den Markttagen nicht gesperrt werden kann.

Es werden noch Verwaltungssachen und kleinere Gegenstände erledigt.

Eine Reiseversicherung. Wie vom Bunde reisender Kaufleute im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband mitgeteilt wird, hat auf seine Anregung hin die „Siesta“-Gesellschaft für Reiseversicherungen den Preis für den im Liegewagen (Schlafwagen 3. Kl.) zur Verfügung gestellten Schlafwagenzubehör (Decke, Bezüge, Kissen) mit Wirkung vom 1. Februar ab von 4 Mark auf 3.50 Mark herabgesetzt.

Zur Beachtung für Kriegsbeschädigte. Kriegsbeschädigte, die nach § 104 des R.V.G. 1920 in der Fassung vom 30. Juni 1923 ausgeschieden und nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, (20 v. H. Beschädigte) können auf Antrag eine einmalige Nachzahlung von 50 M erhalten, wenn ihr durchschnittliches Monatseinkommen 200 M nicht übersteigt. Auch solche Beschädigte, die vor dem 1. Juli 1923 eine Rente von 30 oder 40 v. H. und höher bezogen haben, nach dem 1. Juli 1923 aber abgefunden wurden, aber infolge der Geldentwertung die Abfindungssumme nicht mehr erhielten, können auf Antrag obige Nachzahlung erhalten. Die Anträge müssen spätestens bis 28. Febr. 1926 eingereicht werden. Später eingehende Anträge finden keine Berücksichtigung mehr.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. Der Berliner Tiermaler Wilhelm Ruhnert ist in Flims in Graubünden im Alter von 60 Jahren an Lungentzündung gestorben.

Die deutsche Einwanderung nach Amerika. Unter den zwischen Juli und Dezember in New York gelandeten Einwanderern stehen die Deutschen der Zahl nach an erster Stelle. Es traf ein: 22 006 Deutsche, 15 455 Engländer und 14 442 Irländer.

Im Jagdrevier tot aufgefunden. Mittwoch morgen wurde der Inhaber des Restaurants zum Pagenhofer in Magdeburg in seinem Jagdrevier mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Es ist noch nicht ermittelt, ob Selbstmord, Unfall oder Verbrechen vorliegt.

Zusammenbruch zweier Berliner Kabarettaktionen. Der Kabarettregisseur Paul Schneider-Dunker, der den „Koland von Berlin“ und die „Kafete“ leitete, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Auch die Kabarettregisseurin der „Fledermaus“ ist finanziell zusammengebrochen.

Kindsmord und Selbstmord. In Rastenburg bei Weimar hat der Bergmann Ohwald Freibe seine beiden jüngsten Kinder im Alter von 2 und 3 Jahren vergiftet und sodann erschossen. Darauf erhängte sich der Täter. Der Grund zu der Tat ist in unerquicklichen Familien- und schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Festnahme von Banknotenfälschern. Durch die Aufmerksamkeit des Publikums gelang es in Düsseldorf, die Hersteller und Verbreiter von falschen Reichsbanknoten über 20 Reichsmark der Ausgabe vom 11. 10. 1924 festzunehmen und eine Werkstätte in Dresden zu ermitteln. Von Dresden aus wurden die Falschstücke auch nach Breslau gebracht. Von den 120 Stück falschen Scheinen wurden bis jetzt 59 Stück angehalten.

Ferngespräche mit Amerika. Der Londoner „Daily Telegraph“ macht Mitteilungen über Veruche der englischen Großfunkstation Rugby, mit der amerikanischen Telephongesellschaft of Long Island drahtlos zu telephonieren. Die Veruche brachten stets zuverlässige Ergebnisse. Die Hörbarkeit war in den Nachstunden besser als am Tag.

Kreuzer Berlin in Rio de Janeiro. Die Befehung des Kreuzers Berlin fand in Rio de Janeiro eine außerordentlich freundliche Aufnahme. Auf einem zu Ehren des Kommandanten veranstalteten Essen hob der brasilianische Außenminister die deutschen Verdienste bei der brasilianischen Aufbaubarbeit hervor.

Strandung eines norwegischen Dampfers. Im Schneetreiben geriet nachts in der Nähe von Haugelund (Norwegen) der norwegische Dampfer „Hornelen“ auf Grund. Die Reisenden und die Besatzung, im ganzen 32 Personen, wurden unter den größten Schwierigkeiten von dem deutschen Schleppdampfer „Alte Land“ gerettet.

Seeräuber in China. Seeräuber, die als Fahrgäste an Bord waren, bemächtigten sich des kleinen französischen Dampfers „Jade“, der nach Hongkong unterwegs war und leisteten ihn nach der Küste von Kwantung, wo sie Gold im Wert von 10 000 Pfund Sterling von Bord schafften. Die Mitreisenden blieben unbeschädigt.

**Raubüberfall auf einen Zug in Indien.** Ein Personenzug wurde in Bengalen von Räubern überfallen, die den Zugführer ermordeten und die Kasse mit 150 Pfund Sterling raubten.

Die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg wird dadurch gekennzeichnet, daß am 1. Februar annähernd 44 000 selbständige Personen (darunter 6 000 weibliche) Erwerbslosenunterstützung bezogen. Die Zahl übersteigt die Höchstziffer der früheren Jahre: die Zahl vom 15. Januar 24 um 12 000, die des vorigen Winters (15. Jan. 1925) um 40 000, die bisherige Höchstziffer dieses Winters (15. Jan. 1926) um 11 000. Diese Erwerbslosenzahl ist um so bemerkenswerter, als die Arbeitslosenunterstützung im Gegenjahre zu der früheren Leistung — nicht mehr als Unterstützung in letzter Zeit für die Aufarbeiten verhältnismäßig günstig war. Unter den drei Bezirken, die eine kleine Abnahme der Erwerbslosen aufweisen, sind die Bezirke Freudenstadt und Nagold mit ihren vielen Waldarbeiten. In allen anderen Bezirken hat die Zahl der Erwerbslosen zugenommen; am meisten in Böblingen, Friedrichshafen, Leonberg, Ebingen und Reutlingen-Tübingen, wo sie sich innerhalb von 2 Wochen annähernd verdoppelt hat. Die starke Zunahme in Ebingen und Reutlingen-Tübingen ist darauf zurückzuführen, daß das dort vorherrschende Spinnstoffgewerbe nun auch stärker als bisher von der Krise erfaßt worden ist. Die Verteilung der Erwerbslosen auf die Arbeitsnachweisbezirke ergibt folgende Zahlen: Am günstigsten standen mit 2 v. H. (oder weniger) der Krankenversicherungspflichtigen Personen einige ganz landwirtschaftliche Bezirke, wie Künzelsau, Gaildorf, Wangen; aber auch Reutlingen. 3 v. H. hatte neben einigen oberschwäbischen Bezirken Stuttgart; 3,6 v. H. hatte Heidenheim, 4—5 v. H. hatten Balingen, Crailsheim, Feuerbach, Friedrichshafen, Hall, Ravensburg, Ludwigsburg, Tübingen; 6 v. H. Ebingen, Göppingen, Kirchheim, Schwemmingen; 7—10 v. H. Ebingen, Alen, Badnang, Geislingen, Meßingen, Rottweil, Calw, Vöhringen, Schorndorf, Tuttingen, Baihingen, Ulm, Heilbronn, Waiblingen; 11 v. H. Böblingen und Oberndorf-Schramberg; 13—15 v. H. Freudenstadt, Herrenberg, Reutenburg, Nürtingen, Gmünd; 17 v. H. Mühlacker und Leonberg. Im Durchschnitt des Landes beziehen etwa 6 v. H. der Krankenversicherungspflichtigen Erwerbslosenunterstützung. Außer den Unterstützten suchen bei den Arbeitsämtern nach etwa 12—15 000 Erwerbslose Arbeit, die wegen mangelnder Beschäftigung oder aus anderen Gründen nicht unterstügt werden. Die Lage des Arbeitsmarktes in den wichtigsten Berufen und die Verteilung der Erwerbslosen beleuchten folgende Zahlen: Im Metallgewerbe dürften etwa 16 000 Personen erwerbslos sein, d. h. etwa 17 v. H. der durchschnittlich in diesen Berufen Beschäftigten, im Spinnstoffgewerbe 3 000 = 8 v. H., in der Holz-Industrie 5 000 = 20 v. H. und im Bekleidungs-gewerbe 5 500 = 23 v. H. In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Gärtnerei) werden 300 Personen erwerbslos sein, in der Industrie der Steine und Erden, sowie im Schank- und Gastwirtschaftsgewerbe je 600, in der Papierindustrie 400, im Leder- und Nahrungsmittelgewerbe je 500, im Baugewerbe 6 000 und unter den Hilfsarbeitern etwa 14 500.

**Der Heerwurm.**

„Am 27. Mai 1853 wird am Würzbach der Heerwurm gesehen“. So berichtet kurz und knapp die Calmbacher Chronik. Welche Auslegung man dieser geheimnisvollen Erscheinung damals gegeben hat, gerade in jenen schweren Tagen, wo Mißwachs und Hungersnot 70 Bewohner Hofens zur Auswanderung nach Amerika zwangen, darüber schweigt sie. Und doch haben Aberglaube und Volksfage sich des Heerwurms von je her mit besonderer Vorliebe angenommen. Je nach der Richtung, die er einschlägt, soll er Krieg oder Frieden, gute Ernte oder Miß-

wachs, Tod oder Genesung bedeuten. Obgleich schon seit 1503 erwähnt, wurde diese merkwürdige Naturerscheinung erst vor 60 Jahren durch die Untersuchungen von Forstmeister Veling aufgeklärt.

Jeder Pilzsammler hat schon die Erfahrung gemacht, daß die schönsten Pilze im Innern ganz von häßlichen Maden zerfressen sind. Diese Tiere sind meist die Larven von Pilzmücken. Mit ihnen ist die Trauermücke verwandt, mit deren Entwicklung der Heerwurm aufs engste verknüpft ist. Sie lebt nämlich 8—12 Wochen als Larve, ebenso viele Tage als Puppe — und nur drei kurze Tage sind der ausgebildeten Mücke vergönnt, sich am Lichte zu freuen. Ihre mohnkorngroßen Eier legt sie in das faulende Laub des Buchenwaldes. Die auskriechenden weißlichen Larven haben einen schwarzen, körnigen Kopf und leben von den modernsten Blättern des Waldbodens. Für gewöhnlich bleibt ihr Dasein verborgen, denn es spielt sich ganz unter der Oberfläche der alten Laubschicht ab. Aber wenn Uebersättigung und Nahrungsmangel eintritt oder wenn die Feuchtigkeitsverhältnisse, gegen welche die Tiere äußerst empfindlich sind, in ungünstigem Sinne sich ändern, dann entschließen sie sich zur Massenauswanderung. Larve um Larve verläßt den dunklen Wohnraum und steigt empor zum Lichte; eine rätselhafte Kraft bringt Richtung in die Bewegung; im Vorwärtsdrängen berühren sich die Individuen, Tier legt sich an Tier und ihr zäher Schleim verklebt sie zur kompakten Masse, bis schließlich eine weißgraue Schlange, handbreit, daumendick und 3—4 Meter lang, entstanden ist. Langsam schiebt sie sich vorwärts, regt hundert Gelenke zugleich, umgeht größere, überschreitet kleine Hindernisse und löst sich erst wieder in Einzeltiere auf, wenn geeignete Weideplätze und zuzugende Feuchtigkeitsverhältnisse erreicht sind. Der Schleim ist so zäh, daß sich das Ende der Trugschlange in die Höhe heben läßt, ohne daß sie zerreißt. Für madenfressende Vögel wäre hier der Tisch mehr als reichlich gedeckt; da sie aber das wandernde Heer ganz unbehelligt lassen, so ist anzunehmen, daß ihnen eben dieser zähe Schleim den Genuß verwehrt. So schleicht das merkwürdige Wesen, in einen glasig schillernden Schutzpanzer gehüllt, „unheimlich im Waldes Dunkel einher, wendet sich langsam in schwandend lautloser Fortbewegung über abgefallene Fichtennadeln und über die Moosdecke, eine dunkle Spur von Unrat hinter seinem schleppenden Ende zurücklassend“. — Das ist der Heerwurm.

**Sport**

**Der Kampf Paolino—Diener unentschieden.** Der mit größter Spannung erwartete Kampf zwischen den Schwergewichten Paolino, Meister von Spanien, und Franz Diener, Berlin in Berlin über 10 Runden mit 5 Unzenhandschuhen und harten Bandagen wurde nach der 10. Runde als unentschieden gemeldet. Beide Gegner wurden vom Publikum lebhaft gefeiert.

**Das Wetter**

Zwischen dem Hochdruck im Osten und dem Tiefdruck im Westen bilden sich infolge der Temperaturgegensätze Flachdruckstörungen. Für Dienstag ist auch weiterhin vielfach trübes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

**Handel und Verkehr**

Berliner Dollarkurs, 13. Febr. 4.20.  
Dollarschahscheine 99.15.  
Kriegsanleihe 0.3825.  
Frank. Franken 131.50 zu 1 Pf. St., 36.9 zu 1 Dollar.  
Berliner Geldmarkt, 13. Febr. Täg. Geld 4.5—6 v. H., Monatsgeld 7—8.5 v. H., Warenwechsel 7 v. H., Privatdiskont 3.5 v. H.

**Amerika-Anleihe der Deutschen Girozentrale.** Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der Beratungsstelle für ausländische Anleihen in der Angelegenheit einer Amerikaanleihe der Deutschen Girozentrale grundsätzlich Übereinstimmung dahin erzielt worden sei, daß zunächst eine Transche von 15 Millionen Dollar aufgelegt werden soll. Ueber die Bedingungen sei noch kein Beschluß gefaßt worden.

**Hohe Aktien kein Leistungszeichen.** Ueber die von den Lieferanten beim Zahlungsverzug vielfach angelegten hohen Zinssätze wird bekanntlich aus den Abnehmerkreisen des östernen Klage geführt. Das Reichsgericht hat am 30. November 1925 ein Urteil von großer Bedeutung und von großem Interesse dahin gefällt, daß ein Bucher hier nicht verliere. Es hat damit im Einverständnis mit dem Oberreichsanwalt ausgesprochen, daß die Bestimmungen über Preiswucher aus Verzugszinsen nicht anwendbar seien, denn hier sei nicht wie im freien Verkehr von einer Vergütung des anderen Teils für eine Leistung zu sprechen. Ebenso wenig könne von einer freien Vereinbarung die Rede sein, wenn Verzug vorliegt. Erscheinen dem Gegner die Verzugszinsen zu hoch, so steht ihm der Klageweg der Zivilgerichtsbarkeit offen. Eine andere Beurteilung könnte nur dann eintreten, wenn bei bereits bestehendem Verzug neue Abmachungen oder Nebenabreden getroffen worden wären.

**Ulm, 13. Febr. Konkurs.** Das Amtsgericht Neu-Ulm hat über das Vermögen der Schuhfabrik Neu-Ulm Wessels und Stätter G. m. b. H. den Konkurs eröffnet.

**Stuttgarter Börse, 13. Febr.** Während das Interesse für die 5 v. H. Reichsanleihe nachgelassen ist, zeigte sich heute vermehrte Nachfrage auf dem Aktienmarkt. Mit Rücksicht auf das Wochenende war das Geschäft jedoch gering. Es sind kleinere Kurs-erhöhungen auf den verschiedensten Gebieten des Marktes zu verzeichnen. Auf dem Markt der Festverzinslichen lagen Würt. Staatsanleihen bei kleinen Kurssteigerungen weiter fest. Würt. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

**Schweinepreise:** Blaufenken: Milchschweine 34 bis 41. — Creglingen: Milchschweine 32—42. — Gaildorf: Milchschweine 30—42. — Illshofen: Milchschweine 35—45. Käufer 55—55. — Gerabronn: Milchschweine 30—39. — Mengen: Milchschweine 35—45. — Spalchingen: Milchschweine 30 bis 36 Mark das Stück.

**Holzpreise.** Beim staatlichen Nadelholzstangenverkauf in Freudenbach bei Creglingen wurden im Durchschnitt 129 v. H. des Ausbotes erzielt. — Bei dem städtischen Holzverkauf in Horb wurde Brennholz bis zu 140 v. H. und Reisig bis zu 170 v. H. gesteigert. — Bei dem Holzverkauf in Steinheim kosteten buchene Scheiter 18—19, Klotz und Prügel 12, Anbruch 11 Mark.

**Rottweil, 13. Febr. Fastnachtmarkt.** Der Fastnachtmarkt war sehr stark besahren. Zugeführt waren: 203 Pferde, 198 Ochsen, 165 Kälber, 233 Rinder und 37 Färren. Preise: für gute bis erstklassige Pferde 800—1250, für geringere 250 bis 600, Schiachtpferde 60—150, fette Ochsen 43—45 M der Ztr., Zugochsen 1100—1350, fog. Ansehlänge 750—1000 das Paar, trüchtige Kühe 350—500, Wurftkühe 170—250, trüchtige Kalbinnen 450 bis 600, Junginder 1/2—1jährige 150—230, 1—2jährige 230—450. Färren 520—560 Mark. Der Handel in Jungvieh, trüchtigen Kühen und Kalbinnen lebhaft, in Ochsen sehr flau. Auf dem Pferdemarkt konnten nur wenige Käufe beobachtet werden. Auswärtige Händler waren viel vorhanden und infolgedessen wurden viele Käufe abgeschlossen.

Die neue Nummer (20) des Daheim ist erschienen und bringt eine Fülle von Anregung und bester Unterhaltung. Mag Grube berichtet lebenswürdig und humorvoll „Aus dem Reich der Schminke“. Dr. Bogdan Krieger folgt anlässlich Scheffels 100. Geburtstag den Spuren des Rodensteiners. Mag Balier beschreibt in einem aktuellen Aufsatz „Ein Dugend Kometen“. Neben der Romanfortsetzung steht eine selbständige Novelle „Hofball“ von G. D. Stoffregen. Das Frauendaheim plaudert von allerlei Modetorheiten und vom Sport der deutschen Frau, von Wolltieren und lustigen Kнопuppen. Gedichte, der vorzügliche künstlerische Bildschmuck und viele Abbildungen zur Zeitgeschichte vervollständigen das reichhaltige Heft.

**Linden-Lichtspiele**  
Heute halb 9 Uhr letzte Vorstellung  
des großen Filmwerkes  
**„Götz von Berlichingen“**

- Gebe folgende Artikel weit unter Preis:
- Rohhaarbesen
  - Kleiderbürsten
  - Büxbürsten
  - Rasierpinsel und -seife
  - Zigarren- u. Zigarettenspitzen
  - Tabakpfeifen
  - Toilettespiegel
  - Rämme und Seife
  - Celluloid-Spielwaren.
- Marie Sixt  
(vormals J. Heubach)  
Hauptstr. 106.

**Verloren**  
Zwicker und schwarze Kordel mit Franzen von der Olgastraße bis Wilhelmstraße. Abzugeben gegen Belohnung  
Villa Mathilde.

**Wurmkur**  
ist ein gutes Mittel bei Spul-, Maden- u. Bandwürmer  
Niederlage:  
Med.-Drogerie A. & W. Schmit.

Heute abend 8 Uhr  
„Kühler Brunnen“

Alle Freunde von Witz und Humor werden ersucht, heute abend 7.61 im Café Winkler zu erscheinen.  
Kappen und Humor mitbringen!

**ES STEHT FEST**

DASS DIE ZEITUNGS-ANZEIGE DAS WIRKSAMSTE WERBEMITTEL IST

**Offene Stellen**      **Stellenwechsel**

**Stellenvermittlung**  
für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie und Schule (auch für männliche Berufe).

Die Anzeigen-Annahme für das bekannte Familienblatt

**Daheim**

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet sich

in der Geschäftsstelle des Wildbader Tagblatts. Das Publikum hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Anerbieten und Gesuche usw. bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mißverwaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einspaltige Druckzeile (7 Silben) für Stellen-Angebote 80 Pfg., Stellen-Gesuche 60 Pfennig, übrige kleine Anzeigen 1 Reichsmark. Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben. Die Geschäftsstelle des Wildbader Tagblatts.

**Hämorrhoiden**

werden nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr mit Salbe und dergleichen, sondern auf ganz natürlichem Wege und verblüffend einfach, mit ganz geringen Kosten, ohne Schmerzen beseitigt.

Kostenlose Auskunft gibt

**Sanitas-Depot, Charlottenburg 5**  
Abteilung: H 470